



Kriegsalarm

Putin, Un und Erdoğan vs. Trump, Xi und Merkel

Ein blutiges **Ostern** war es, als zwei Suizidbomber 46 Kopten am Palmsonntag in **Ägypten** töteten. Zudem quält sich der Kampf um West-Mosul dahin. Laut UN-Angaben sind dort noch eine halbe Million Zivilisten in der Kampfzone im Griff des "Islamstaats", IS, nachdem fast so viele der Stadt entflohen. Bagdad erklärte Ost-Mosul im **Januar** für befreit. Die anti-IS-Offensive begann am 17. Oktober und soll in etwa an der Jahresmitte beendet sein.

Gleichwohl gegen den IS richtet sich der Abwurf einer 22.000-Pfund-Bombe über einem Gebirgshöhlenkomplex in Ost-Afghanistans Provinz Nangarhar, im Distrikt Achin, am 13. April. Diese Aktion, die dem Protest von ex-Präsident Hamid **Karzai** zufolge vorab durch Kabul bestätigt wurde, soll nach afghanischen Angaben 92 Jihadisten getötet haben. Der IS kam dort Ende 2014 nach dem Abzug oder der Reduzierung ausländischer Truppen auf.

Obwohl Präsident Trump am 13. April **Nato**-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Weißen Haus empfing und sich rückhaltlos zur Allianz bekannte, ergeben sich nun viele Fragen nach der Strategie und Taktik in Brennpunkten wie Afghanistan, Syrien, Irak, Jemen und Libyen. Offenkundig fehlen Vorlagen aus Washington wie eine Nationale Sicherheitsstrategie, Globalagenda des Antiislamismus und solche Leitideen, die als jüngste Richtschnur für Alliierte und Partner dienen könnten. Zurzeit kommen Eigenheiten der Trump-Administration in der Tat zur Geltung, aber weniger ihre **Konzepte** dahinter.

TWH Foto Shealah Craighead



Dies betrifft den Kurs gegenüber Russland, China, Japan und Nordkorea, wobei im Falle von Pjöngjang der parallele **Fokus** auf **Iran** dahinter wirkt. Wie an der Ostasienreise von Vizepräsident Pence ersichtlich wird, versucht er gemeinsam mit Chinesen, Japanern und Südkoreanern den Druck auf Nordkorea zu erhöhen, damit es keine Nukes oder noch mehr Träger eines weltweiten Einsatzes erhält. Vielleicht eifert Kim Jong **Un** auch Teheran nach, denn "irrationales Verhalten" kann doch **rational** sein, zumal Iran als "Gewinner" aufkam.

Trump zufolge hilft auch Präsident Xi. China aber fuhr einen doppelbödigen Kurs, denn was Nordkorea wurde, geschah in Kooperation. Dies erinnert an die Sowjets in Mittelost. Im Kalten Krieg appellierten viele an Moskau, Frieden zu finden. Doch intern galt in Bonn, dem Kreml sei mehr an dauernden Spannungen gelegen. Nur dies gebe ihm Attraktion und Kunden im Waffenbasar. So mag es **auch** bei beiden **ideologisch** verwandten **Regimes** sein.

Indes Mike Pence 37.500 US-Soldaten in Südkorea gefährdet sieht und am 17. April das Ende der Ära der strategischen Geduld ansagt, schlagen Moskau und Pjöngjang Alarm vor einem Atomkrieg. Ausgerechnet Putin sagte, Trump sei gefährlicher als sein nordkoreanisches Pendant. Was folgt? Krisen in Ostasien-Mittelost-Europa, der Sturz Kim Jong Uns, Koreas Einheit und Amerikas Abzug. Bald wird Teherans riskanter **Kurs** die **Nato** fordern.

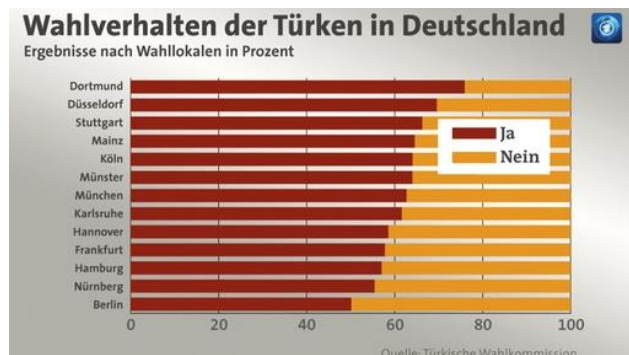
Denn wie in Nordkorea so ist das Problem mit Irans Expansion ungelöst. Es kam, weil in [acht](#) Jahren auch am Potomac alle Zwiste nur gebremst, nimmer gelöst worden waren. Nun brechen sie plötzlich alle auf. Mehr denn je muss der Westen eine Linie finden. Aber anders als früher ist er innen schwächer, heterogener. Das wäre eigentlich gut, fiel es nicht zum Nachteil eines demokratischen [Sozialkits](#) aus. Haben sich erst die Kriegswirbel um den IS geglättet, scheint in Europa dieses ideologische [Problem](#) des [Islamismus](#) umso stärker auf.

Briten flohen davor in den Brexit. Sicher werden Wähler am 8. Juni diesen, plus Mandat für Theresa [May](#), bestätigen. Aber wie löst Europa die [Integration](#) von Bevölkerungen, die weniger das westliche Wertesystem teilen, selbst dann nicht, wenn sie in der zweiten oder dritten Generation dort aufwachsen und doch noch IS-anfällig bleiben? Die jüngste [Kette](#) an [Terrorangriffen](#) rückte dies brutal in Erinnerung wie auch die Hilflosigkeit von Führern Europas. Wen wundert also noch Marine Le Pens Aufstieg, die einen Frexit zugesagt hatte?

Sultan

Der knappe Wahlausgang zugunsten Präsident Erdoğan in der Türkei erhellt, dass 63,1 Prozent, fast zwei Drittel der Deutschtürken – also [3,5 Mio.](#), darunter 1,5 Mio. mit einem türkischen Pass bei einer Wahlbeteiligung von 50 Prozent – für ihn gewählt haben (eine halbe Mio., 13 Prozent). In der Demokratie lebend, stimmten sie für dessen Autokratie. Er erhält viel Macht im Präsidialsystem, doch ohne die "checks and balances" wie in Amerika.

Was wird folgen? Das, was sich seit dem gescheiterten Putschversuch vom [15. Juli](#) nur angedeutet hat. Im Gefolge des Ausnahmezustands gab es einen islamistischen [Ruck](#), für 130.000 Menschen Arbeitslosigkeit und für 45.000 Gefängnis. Recep Tayyip Erdoğan, laut Wallstreet Journal vom 18. April ein "neuer Sultan", wird mit Glück ab 2019 der Präsident.



Befragt man deutsche Türken aus dem Lager der Gegner Erdoğan, so weisen sie die Machtfülle ab. Ihnen liegt wohl das Grundgesetz näher. Hört man auf deren Opponenten, etwa in Berlin, klagen sie, die deutsche Kritik an Erdoğan und der EU-Streit "verletzten ihre [Gefühle](#)". Sie sind türkisch-national, auch Folge des Berliner Kurses, der zu lange die türkischen Wahlkämpfe erlaubt hat.

Dies half nicht der Integration. Deutlich wird, dass Menschen multiple Identitäten hegen. Das ist normal und nur dann fraglich, dienen diese den Ideologien, die mit der freiheitlich-liberalen Grundordnung kollidieren. Das Wahlverhalten spiegelt eine verfehlte [Integration](#) aus einem halben Jahrhundert wider. Gerät es bei Deutschtürken so schwer, die den Vorteil der bunten Reichsgeschichte und eigenen Säkularität Atatürks erfahren, wie konfliktreich und lange dauert es da erst bei den seit [2015](#) gekommenen Afghanen, Arabern und Kurden?

Warum der [Kanzlerin](#) zur Wahl [offene Worte](#) fehlen und sie dafür [Brüssel](#) bemüht, samt [63 OSZE](#)-Beobachtern aus 26 Ländern, steht dahin. Merkel verlangte einen respektvollen Dialog mit allen in der tief gespaltenen Türkei. Möge sie dafür nur selbst ein Beispiel geben mit ihrer Opposition im kaum minder vielfältigen deutschen Volk. [Wolfgang G. Schwanitz](#)